

- (A) und Verständigung mit denen zu suchen, die von den schrecklichen Taten unserer Länder betroffen waren.

Auch unter Freunden gibt es Fragen, über die keine Einigkeit herrscht. Erlauben Sie mir, deshalb zwei Punkte anzusprechen: vor allem die Tatsache, dass in Japan die Todesstrafe noch immer vollstreckt wird, aber auch den Walfang, den Japan noch immer betreibt. Ich würde mir hier dringend wünschen, dass unsere japanischen Partner ihre Politik ändern.

Deutschland und Japan stehen heute vor großen gemeinsamen Herausforderungen. Die vielleicht größte ist, in den nächsten Jahrzehnten die ökologische Transformation unserer Wirtschaftssysteme zu bewältigen. Wir sollten diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen und so unsere Partnerschaft festigen und weiter ausbauen. Es ist der japanische Ort Kioto, der bis heute für die Hoffnung steht, dass der menschengemachte Klimawandel auch begrenzt werden kann.

Nehmen wir daher das Beispiel der Ressourceneffizienz: Deutschland könnte und sollte sich da ein Beispiel an der japanischen Ressourcenpolitik nehmen. Japan betreibt eine sehr ambitionierte, sozusagen grüne Industriepolitik. Mit dem Top-Runner-Programm hat Japan ein wegweisendes Instrument zur Förderung der Energieeffizienz entwickelt. Hier gemeinsam eine Vorreiterrolle einzunehmen, das wäre ein konkretes Vorhaben für die nächste Etappe unserer Partnerschaft.

- (B) Heute geht es international um nicht weniger als die gemeinsame Arbeit an den Menschheitsherausforderungen Abrüstung, Klimawandel und die Gestaltung eines effektiven Multilateralismus. Japan und Deutschland können hier gemeinsam vieles bewegen.

#### Anlage 4

##### Zu Protokoll gegebene Reden

##### zur Beratung des Antrags: Die Agrarwissenschaften in Deutschland auf höhere Anforderungen ausrichten (Tagesordnungspunkt 14)

**Dr. Max Lehmer (CDU/CSU):** Die Bedeutung der Agrarwissenschaft wächst stetig. Sie nimmt heute eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der drei zentralen globalen Herausforderungen ein:

Erstens. Ernährungssicherung der Weltbevölkerung.

Zweitens. Energiesicherung – und stoffliche Nutzung –: als Ersatz der erdölbasierten Versorgung hin zu einer pflanzlich basierten Deckung des globalen Energiebedarfs an Kohlenwasserstoff-Verbindungen.

Drittens. Ökologie, Klimaschutz und Biodiversität: Reduktion klimarelevanter Emissionen der Landwirtschaft.

Die erste grüne Revolution im 19. Jahrhundert – ich nenne die Namen Justus von Liebig, Gregor Mendel und Albrecht Thaer – hat es durch die Entwicklung der Grundlagen der Mineraldüngung, die Verbesserung der Agrartechnik und den Züchtungsfortschritt geschafft, die

pessimistischen Prognosen vom Wechsel zwischen Hunger und Überbevölkerung der Ökonomen Malthus und Ricardo zu widerlegen. Die Systematisierung und Technisierung der Landwirtschaft sind eine Erfolgsgeschichte. Die heutigen Aufgaben sind nichts weiter als deren Fortführung für die Sicherung der Zukunft. (C)

Im Hinblick auf die genannten Herausforderungen ist die Pflanze – und ihr Bedarf an Standraum – der zentrale Organismus: als Ernährungs-, Futter- und Energieträger.

In allen drei Bereichen muss die Agrarforschung wichtige Schwerpunkte setzen:

Erstens. Optimierung der Pflanzenernährung: Durch die Erfindung des Stickstoffdüngers in der Mitte des letzten Jahrhunderts sind massive Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft möglich geworden. Man spricht auch von der zweiten grünen Revolution.

Zweitens. Reduzierung von Schäden im Wachstum der Pflanzen durch biotische und abiotische Faktoren – Schädlinge, Trockenheit, Versalzung, Wassermangel. 40 bis 45 Prozent des weltweiten Ertrags der Landwirte geht durch Schädlinge und Pflanzenkrankheiten verloren. Insbesondere in den Entwicklungsländern sind die Ernteverluste hoch. Es fehlt an Know-how und Infrastruktur in allen wichtigen Bereichen: bei der Erzeugung, dem Transport, der Lagerung und der Verarbeitung. Der Mangel an Agrarforschungssystemen und damit auch fachlicher Qualifikation verschärft diese Probleme noch bzw. verhindert deren Minderung oder gar Lösung. Viele Entwicklungsländer liegen in Klimazonen, die vom Klimawandel besonders stark betroffen sein werden. Eine Anpassung des Ackerbaus an den Klimawandel ist unter den heutigen Bedingungen in diesen Ländern nahezu ausgeschlossen. Agrarforschung vor Ort muss regionalspezifische Lösungsansätze erarbeiten. (D)

Drittens. Genetische Leistungsfähigkeit der Pflanzen ist die Grundlage für wichtige Eigenschaften wie Ertrag, Qualität, Nährstoffzusammensetzung, Energiedichte etc. Die Nutzung der Pflanze als Energieträger bekommt zunehmend Bedeutung als Ersatz für die endlichen fossilen Energieträger. Ihre positive CO<sub>2</sub>-Bilanz ist ein bedeutender Aspekt im Hinblick auf den Klimaschutz. Die Bundesregierung setzt mit ihrem Energiekonzept auf eine Zukunft mit regenerativen Energien. Bis 2050 soll über die Hälfte der Energieversorgung in Deutschland aus regenerativen Energien gewonnen werden. Das wird nur mit einem hohen Anteil an Bioenergie zu schaffen sein. Die Potenziale der Pflanzen müssen wir hierfür noch stärker nutzen. Dafür müssen aber deutschlandweit alle beteiligten Einrichtungen – ob universitär oder außeruniversitär – zusammenarbeiten.

Aber Pflanzen brauchen Anbaufläche und Standraum. Die verfügbare Anbaufläche auf der Erde ist jedoch begrenzt. Lediglich 11 Prozent der Erdoberfläche ist als Boden nutzbar. Seriöse wissenschaftliche Prognosen gehen davon aus, dass sich die Fläche pro Erdenbürger bis 2050 halbieren wird. FAO: 9 bis 10,5 Milliarden Menschen in 2050, Absenkung von 0,4 Hektar auf 0,2 Hektar Fläche pro Mensch.

(A) Das heißt: Die Art und die Form der Landnutzung werden entscheidend sein. Die zentrale Frage wird sein: Wie schaffen wir es, die Effizienz auf der Fläche zu steigern und dabei die Nachhaltigkeitskriterien einzuhalten. Diese Kriterien müssen wissenschaftlich definiert und belegt werden.

Die wesentlichen Zielsetzungen hinsichtlich der Ressourcenschonung sind unter anderem: Erhalt der Biodiversität, Senkung des Wasserverbrauchs, Luftreinhaltung, Bodenschutz – Humusbilanz, Erosionsschutz, Bodenfruchtbarkeit –, Energieeffizienz.

Aufgrund der zunehmend limitierenden Faktoren stellt sich die Frage: Wie viele Ressourcen verbraucht ein Produktionsverfahren? Die Agrarwissenschaft muss also dasjenige Verfahren identifizieren, welches unter den vorgenannten Bedingungen die größte Effizienz bzw. Produktivität aufweist. Es werden wohl die Verfahren zum Einsatz kommen müssen, die unter den jeweiligen regionalen Bedingungen den geringsten Bedarf an Ressourcen pro erzeugter Einheit haben.

Die Agrarforschung muss diese Fragen ergebnisoffen und ideologiefrei untersuchen. Die Resultate müssen reproduzierbar sein und als Grundlage für die anstehenden politischen Entscheidungen dienen.

Mit der „Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie 2030“, die im November letzten Jahres auf den Weg gebracht wurde, nimmt Deutschland eine internationale Vorreiterrolle hin zu einer biobasierten Wirtschaft ein. Die Forderungen im Koalitionsvertrag, eine international wettbewerbsfähige Strategie zu einer wissenschaftsbasierten Bioökonomie zu schaffen, werden damit eingelöst. Mehr als 2,4 Milliarden Euro stellt die Bundesregierung für Forschung, Entwicklung und Innovation zur Verfügung.

(B) Die Pflanzenforschung des BMBF und des BMELV nehmen in der Nationalen Forschungsstrategie Bioökonomie eine zentrale Rolle ein. Die Projekte GABI-GRAIN, FraGenomic und GABI-CELLWALL können schon auf erste Erfolge bezüglich der genetischen Kontrolle von Merkmalen, der stofflichen Zusammensetzung, der Standfestigkeit und der energetischen Verwendung von Nutzpflanzen verweisen.

Ebenfalls im November 2010 wurde die DAFA ins Leben gerufen, die Deutsche Agrarforschungsallianz. Sie soll den deutschen Forschungseinrichtungen im Bereich von Land- und Forstwirtschaft, ländlichen Räumen, Ernährung und angrenzenden Disziplinen als unterstützende Plattform dienen und wird es ihnen ermöglichen, ihre Vielfalt und Expertise zu bündeln und sich zu unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten auszutauschen.

Zudem will die Deutsche Agrarforschungsallianz erreichen, dass die Sichtbarkeit dieser Forschungsthemen und das Umsetzungspotenzial durch deutsche Forschungseinrichtungen gestärkt werden, um deren Berücksichtigung bei Planungen und Ausschreibungen in nationalen, europäischen und internationalen Forschungsprogrammen zu verbessern. Dazu soll die Deutsche Agrarforschungsallianz auch mit den Gebern von Forschungsfördermit-

(C) teln in Deutschland und auf europäischer Ebene zusammenarbeiten, um möglichst an der Entstehung und thematischen Ausgestaltung von Förderprogrammen beteiligt zu werden.

Sie sehen, wie viel die Regierungskoalition schon jetzt auf den Weg gebracht hat. BMELV und BMBF stehen in enger Kooperation. Die Arbeitsgruppe ELV der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bestens aufgestellt. Wenn auch der Antrag der Linken brauchbare Ansätze enthält – das will ich gerne zugestehen –, neue Ansätze bringt dieser nicht.

**Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):** Die gegenwärtige Ausrichtung der deutschen Agrarwissenschaften in Deutschland und die zukünftigen Herausforderungen an diesen Forschungsbereich sind Themen, die wir in diesem Haus nicht oft genug diskutieren können. Die Agrarwissenschaften beschäftigen sich mit den Kernthemen und den Grundlagen unseres Lebens.

Als Politiker informiere ich mich deshalb genau. Ich will wissen, woran geforscht wird und welche Entwicklungslinien die Agrarwissenschaftler sehen. Ich will wissen, welche Anforderungen sie an die Politik haben und wo wir gegebenenfalls korrigierend eingreifen müssen. Für die SPD ist diese Debatte auch deshalb wichtig, weil wir einen vollständig anderen Ansatz als die von Lobbyisten getriebenen schwarz-gelben Koalitionäre haben. Ich möchte das im Folgenden verdeutlichen:

(D) Erstens. Deutschland hat eine internationale Verantwortung im Bereich der Agrarforschung. Die steigende Weltbevölkerung, die Bekämpfung des Hungers, die Flächen- und Ressourcenknappheit können nur gemeinsam von der Weltgemeinschaft angegangen werden. Wir haben das große Thema Klimawandel auf der Agenda und benötigen Antworten in Bezug auf die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen der Nahrungsmittelherzeugung und der Biomasseproduktion für energetische und stoffliche Zwecke. Gleichzeitig müssen wir mehr darüber erfahren, wie wir die genetischen Ressourcen besser schützen und erhalten können. Eine ausschließliche Fixierung auf nationale Ressourcen und Fragestellungen verkennt, dass die Welt sehr klein geworden ist. Ich sehe jedoch die Gefahr, dass wir mit der bisherigen Ausrichtung und der Ausstattung unsere Agrarforschungslandschaft auf die oben genannten Herausforderungen nicht ausreichend vorbereitet sind.

Zweitens. Die Agrarwissenschaften sind Systemwissenschaften, die neben den ökonomischen Faktoren immer auch die ökologischen und sozialen Faktoren berücksichtigen müssen. Ich bezweifle, dass die von der Bundesregierung favorisierte Hightech-Strategie im Rahmen der Bioökonomieforschung diesem Anspruch gerecht wird.

Drittens. Ich höre immer wieder von den Exzellenzwettbewerben, die die deutsche Forschung vorantreiben sollen. Dieser Ansatz kann ganz sicherlich zu mehr Wettbewerb unter den Forschungseinrichtungen führen. Aber greift dieser Ansatz gerade in den Agrarwissenschaften nicht viel zu kurz? Es kann doch nicht

(A) darum gehen, diejenigen Lehrstühle kurzfristig mit Geld auszustatten, die die meisten Publikationen in internationalen Journalen aufweisen. Das Charakteristikum agrarwissenschaftlicher Forschung ist und bleibt die Problem- und Handlungsorientierung. Es muss darum gehen, Forschungseinrichtungen so auszustatten, dass sie beispielsweise langfristig und praxisorientiert Anbaumethoden und -verfahren testen und erforschen können. Es kann doch nicht sein, dass wir es zulassen, dass die Bundesländer aus finanziellen Gründen ihre Staatsgüter oder Domänen abstoßen und das in den Böden gespeicherte Wissen vergeuden. Ein Finanzierungsansatz, der kurzfristig und unkoordiniert öffentliche Mittel in eine unüberschaubare Anzahl von Projekten pumpt und dann schnelle Ergebnisse fordert, ist für die praktischen Agrarwissenschaften der Tod.

Viertens. Die nationale und internationale Agrarforschung sind traditionell eng mit der Entwicklungspolitik verbunden. Das sollte auch so bleiben. Welchen Stellenwert die Politik für die Entwicklung der ländlichen Räume in den unterentwickelten Staaten für die Bundesregierung hat, zeigen die Besetzung des zuständigen Ministeriums und die fortschreitende Militarisierung der deutschen Entwicklungspolitik, die die Mitarbeiter des Hauses bemängeln. Für mich ist das der völlig falsche Weg – ein Weg, der Deutschland viel internationale Reputation kostet, ein Weg, der zu mehr Unsicherheiten bei unseren internationalen Partnern führen wird, ein Weg, der am Ende eben nicht den Menschen vor Ort dient, sondern der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen unserer exportorientierten Wirtschaft. Diese soll gerne unterstützt werden, aber bitte nicht mit Geldern, die für die Ärmsten der Armen gedacht sind.

(B)

Ich will, dass die Forschungsergebnisse deutscher Agrarwissenschaftlerinnen und Agrarwissenschaftler einen substanziellen Beitrag dazu leisten, dass sich die Menschen in den ländlichen Regionen dauerhaft selbst versorgen können. Die Ursachen für die Fehlentwicklungen sind mannigfaltig und variieren zudem von Land zu Land. Aber auch die Lösungsansätze sind vielfältig. Die Mehrheit der Menschen in den ländlichen Regionen wird nicht dadurch satt, dass wir den Menschen Hightechsaatgut schicken. Sie wird dadurch satt, dass wir ihnen das Know-how an die Hand geben, das sie befähigt, die Produktivität vor Ort zu erhöhen, und zwar angepasst an die lokalen und regionalen Bedürfnisse. Es wird dadurch erreicht, dass wir in Deutschland beispielsweise unsere Tropen- und Subtropenforschung vor dem kompletten Untergang retten.

Wir können aber auch gerne in Europa bleiben und werden erkennen, dass sich die Anforderungen an die Agrarwissenschaften nicht nur auf die direkte ökonomische Verwertbarkeit der Ergebnisse beschränken. Die inhaltlichen Herausforderungen im Agrar- und Ernährungsbereich haben sich gerade in Europa erheblich verändert. Aspekte der Produktqualität und -sicherheit von Lebensmitteln sind in den Vordergrund gerückt. Wir sind damit konfrontiert, dass die Produktionsprozesse bei Nahrungsmitteln in der Öffentlichkeit stärker hinterfragt werden. Landschaftsökologen sind gefordert, die langfristigen Folgen der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Nutzung

auf die Boden- und Wasserhaushalte zu erforschen. Politikalternativen müssen wir mit Unterstützung der Agrarökonomien regelmäßig auf ihre potenziellen Auswirkungen hin überprüfen. Die tiergerechte Ausgestaltung von Tierhaltungssystemen bewegt die Konsumenten. Wir brauchen hier praxistaugliche Alternativvorschläge, wie wir die Haltungsbedingungen für unsere Nutztiere weiterentwickeln können. Die Forschung im ökologischen Landbau muss intensiviert werden, um offene Fragen, gerade im Bereich der Tierhaltung, zu beantworten.

(C)

An die genannten nationalen und internationalen Herausforderungen muss die Agrarforschung strukturell angepasst werden. Diese Leistung hat der Bund mit dem Gesetz zur Neuordnung der Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bereits 2007 erbracht. Perspektivisch werden wir nicht unbedingt mehr öffentliche Gelder für diesen Bereich zur Verfügung haben. Ein einfaches „Weiter-so“ mit weniger Ressourcen kann aber es nicht geben. Jetzt geht es darum, die inhaltlichen Hausaufgaben zu machen. Und da sind auch die Länder gefordert.

Ich appelliere an die Verantwortlichen im BMELV und in den Ländern, eine gemeinsame und koordinierte Forschungskonzeption für die Agrarwissenschaften zu entwickeln. In dieser Konzeption müssen sowohl die wirtschaftlichen als auch die ökologischen und die sozialen Fragestellungen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft berücksichtigt werden. Fürs Erste werden wir uns enthalten.

(D)

**René Röspel (SPD):** Als Durchschnittsverbraucher vergisst man schnell, aus was unser täglich Brot, Wurst, Käse eigentlich gemacht ist. Schweine oder Ähren kennen die meisten Deutschen nur aus dem Fernsehen oder vom Urlaub auf dem Bauernhof. Doch seit einigen Jahren interessieren sich Verbraucherinnen und Verbraucher, leider auch aufgrund von Nahrungsmittelskandalen, wieder vermehrt für ihr Essen. Das zeigt sich unter anderem in der stärkeren Nachfrage nach regionalen und ökologisch produzierten Nahrungsmitteln. Das merken auch die Bauern. Im Jahr 2009 stieg in Deutschland die Anzahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe auf über 21 000 und damit um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Heutige landwirtschaftliche Betriebe produzieren aber nicht mehr nur Nahrung. Verstärkt wird auf nachwachsende Rohstoffe zum Beispiel für die chemische Industrie gesetzt. Nicht verschweigen darf man bei diesem Trend aber auch, dass es mittlerweile weltweit eine Konkurrenz zwischen der Produktion von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen gibt. Wenn aufgrund dessen weltweit die Preise für Grundnahrungsmittel steigen, dann läuft etwas in die falsche Richtung. Umso wichtiger ist deshalb die Suche nach gesunden, ressourcensparenden und nachhaltigen landwirtschaftlichen Produkten. Hierbei kann die Wissenschaft helfen und dabei insbesondere die Agrarforschung. Auf diesem Feld beschäftigen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit so spannenden Themen wie Gartenbau,

- (A) Weinbau, Forst- und Holzwirtschaft, Fischerei, Veterinärmedizin bzw. mit Teilen der Umwelt- und Geowissenschaften. Bei Themen wie Verteilungsgerechtigkeit und der Bekämpfung des weltweiten Hungers sind aber auch Sozial- und Geisteswissenschaftler gefragt und unverzichtbar.

Nun zu dem Antrag: Grundsätzlich ist diese Initiative der Linken zu begrüßen. Auch einige der Analysen bzw. Forderungen der Linken sind richtig, so zum Beispiel der Ruf nach einer stärkeren Koordinierung der Agrarforschung zwischen Bund und Ländern. Auch die Forderung nach mehr Interdisziplinarität, Kooperation, Partizipation sowie einer bedarfsgerechten finanziellen und personellen Aufstockung der wissenschaftlichen Ressourcen für die künftige Forschungspolitik teile ich. Den Bioökonomierat sehe ich ebenfalls kritisch. Das beginnt bereits bei der Auswahl der Mitglieder, von denen mir zu viele industrienah sind, während ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften, des Rechts oder der Ethik gänzlich fehlen. Die Empfehlungen des Rates sind dann auch dementsprechend. Da wird zum Beispiel eine „grundlegende Technikoffenheit“ gefordert, also unter anderem für die Grüne Gentechnik. Ansätze für eine Umstellung auf eine nachhaltige ökologische Landwirtschaft sucht man in den Empfehlungen hingegen vergebens.

- (B) Bei aller berechtigten Kritik am Bioökonomierat sollte man diese aber nicht pauschal auf die Deutsche Agrarforschungsallianz DAFA übertragen. Nach aktueller Satzung der DAFA dürfen, anders als beim Bioökonomierat, Vertreter der Industrie überhaupt nicht Mitglied werden. Nur öffentliche Forschungseinrichtungen, zum Beispiel Universitäten, oder Teile öffentlicher Forschungseinrichtungen, zum Beispiel Fakultäten oder Institute, sind als Mitglieder erlaubt. Auch hat die DAFA gerade erst mit ihrer Arbeit begonnen. Berichte liegen also noch gar nicht vor. Eine Vorverurteilung der DAFA, wie es die Linke mit ihrem Antrag hier tut, lehnen wir als SPD deshalb ab.

Darüber hinaus findet man in diesem Antrag leider wenig inhaltliche Ziele. Für die SPD, so haben es die agrarpolitischen Sprecher der SPD noch einmal bekräftigt, ist es hingegen wichtig, dass Wissenschaft, Forschung und Beratung insbesondere darauf ausgerichtet werden, die Effizienz der ressourcenschonenden ökologischen Anbausysteme zu erhöhen. Solche klaren Positionen findet man in dem Antrag der Linken leider nicht. In Zeiten, in denen die Bundesregierung überlegt, die sowieso schon mageren Zuschüsse für den ökologischen Landbau, inklusive der Forschungsförderung, zu kürzen, wäre eine klarere Positionierung notwendiger denn je. Insofern freue ich mich schon auf die gemeinsame Diskussion in den Ausschüssen.

**Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):** Wir sind uns weitgehend einig, dass die Herausforderungen der Weltenernährung, des Klimawandels und des Erhalts der Biodiversität nur durch eine verstärkte Agrarforschung bewältigt werden können. Das Gutachten des Bioökonomierates 2010 hat vier erste Empfehlungen erarbeitet, die wertvolle

- (C) Impulse für eine Weiterentwicklung der Agrarforschung ergeben. Es ist schade, dass die Linke diese Ansätze unberücksichtigt lässt und stattdessen ihren alten Antrag aus dem Mai 2009 aufwärmt und streckt.

Die vom Wissenschaftsrat im Jahr 2006 geforderten tiefgreifenden Reformen der Agrarwissenschaften wurden von der letzten Bundesregierung und den Ländern nur unbefriedigend umgesetzt. Die Ressortforschung darf nach unserer Vorstellung nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss im Zusammenhang mit den Universitäten und Fachhochschulen, den Leibniz-, Max-Planck-, Fraunhofer-Instituten und den Instituten der Helmholtz-Gemeinschaft betrachtet werden. Aufgrund der hochkomplexen Fragestellungen brauchen wir Wissenschaftscluster, in denen verschiedene, in einem Bereich tätige Institute eingebunden sind. Dadurch können Synergieeffekte erzielt werden, und gleichzeitig wird die Arbeit aller Forschungseinrichtungen gestärkt.

Angesichts knapper Mittel, die für die Forschung zur Verfügung stehen, dürfen Forschungseinrichtungen nicht als Infrastrukturmaßnahmen beliebig in der Landschaft verteilt werden. Die räumliche Nähe zu anderen Forschungseinrichtungen muss gegeben sein. Nur so kann die Wissenschaftsinfrastruktur optimal genutzt, kann ein intensiver Fachaustausch organisiert werden. Wissenschaftliche Exzellenz und Fortschritt leben vom Austausch von Ideen, Konzepten und Gedanken.

- (D) Es gibt gute Beispiele im benachbarten Ausland, wie Agrarforschung effizient organisiert werden kann. Eine Konzentration von Grundlagenforschung, Anwendungsprojekten und Lehre in breit aufgestellten Universitäts-einrichtungen ermöglicht dort einen hocheffizienten Einsatz öffentlicher Mittel. Der bei uns eingeschlagene Weg muss in diese Richtung intensiviert und fortgesetzt werden. Gemeinsame Berufung von Professoren durch Fakultäten und Ressortforschung, verstärkte Drittmittelwerbung und bessere, höherwertige wissenschaftliche Veröffentlichungen zeigen, dass viele Institute der Ressortforschung auf dem richtigen Weg sind. Dies darf aber kein Feigenblatt für einzelne Institute sein, sich mit esoterischer Forschung und wenig überzeugenden Leistungen zu profilieren.

Neben Gedankenaustausch und Kooperation war und ist Wissenschaft aber auch immer ein Wettstreit der Ideen, ein ständiges Hin und Her von Konzepten und Theorien. Auch dieser Aspekt muss bedacht werden, wenn wir die Agrarwissenschaften in Deutschland voranbringen wollen. Im Antrag der Linken kann ich ihn nicht entdecken. Überhaupt werden die Fortschritte moderner Agrarforschung, der Biotechnologie und Ingenieurwissenschaften völlig zu Unrecht schlechtgemacht. Der vielzitierte sogenannte Weltagrарbericht liefert einige interessante Anregungen, wie Teilziele der Millenniumvereinbarung erreicht werden können; aber der Bericht ist mit seinen Folgerungen einseitig ideologisch ausgerichtet und greift zu kurz. Als solide Grundlage für Regierungshandeln ist er nicht geeignet. Unsere Wissensgesellschaft kann es sich weder leisten, modernste Entwicklungen wie die Gentechnik zu verteu-

- (A) feln, noch sollten wir ökologische oder traditionelle Techniken außer Acht lassen.

Zur Bewältigung der kommenden Herausforderungen sind vielfältige Fortschritte nötig. Wir müssen helfen, die riesige Anzahl an Hungernden weiter zu verringern. Hierzu müssen Anbautechniken, Saatgut und Wissen von Millionen Landwirten weltweit verbessert werden. Dafür müssen Erntemethoden angepasst und Nachernteverluste verringert werden. Gleichzeitig sind regionale Wirtschaftskreise zu stärken und nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Darüber hinaus spielt die Land- und auch die Forstwirtschaft eine wichtige Rolle beim Umwelt- und Klimaschutz. Wir müssen zukünftig die schädlichen Emissionen verringern, Biodiversität stärken und eine kohlenstoffdioxidarme Gesellschaft aufbauen. Insbesondere die Belastung von Böden und Wassersystemen durch hohe Nitratkonzentrationen stellt ein großes Problem dar. Die Agrarwissenschaften werden eine entscheidende Rolle bei der Suche nach Lösungen spielen. Der Anbau von Energiepflanzen, nachhaltige Bewirtschaftung oder eine verbesserte stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe sind Schlüsseltechnologien in Deutschland und weltweit. Die Bundesregierung hat aus dem hochinteressanten Bioökonomiegutachten bereits die ersten richtigen Schlüsse gezogen. Nur Investitionen in diese Zukunftstechnologien helfen den Menschen und kommen dem Innovationsstandort Deutschland zugute.

- (B) Wir müssen die Weichen stellen, um Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ernährungswissenschaften in Deutschland zur internationalen Spitze zu machen. Das nützt uns und unseren Kindern und ist unabdingbar, wenn wir auf die weltweiten Herausforderungen durch Bevölkerungswachstum, Klimawandel und Ressourcenverbrauch erfolgreich reagieren wollen.

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):** Die Linke hatte bereits in der vergangenen Wahlperiode, im Mai 2009, einen Antrag zur Stärkung der Agrarwissenschaften gestellt. In der parlamentarischen Debatte zu diesem Antrag war deutlich geworden, dass sich alle Fraktionen bei diesem Anliegen einig waren, wenn auch die Vorstellungen über die notwendigen Schritte bis dorthin strittig blieben.

Passiert ist seitdem wenig Substanzielles, sodass wir mit dem Antrag heute die Diskussion wieder beleben und zielführend voranbringen wollen.

Der dringende Handlungsbedarf liegt eigentlich auf der Hand. Die Anforderungen an die Agrarwissenschaft sind in den vergangenen Jahren eher noch gestiegen. Es geht um Vermeidung von oder Anpassung an den Klimawandel, um nachhaltige Strategien zur Sicherung der Welternährung, ressourcenschonende Landnutzungskonzepte, neue Anbaukulturen, besseren Tierschutz oder darum, dass durch die globalen Personen- und Handelsströme die Gesundheitsrisiken gestiegen sind, sowohl für Menschen als auch Nutztiere. Überall steht die Landwirtschaft vor völlig neuen Herausforderungen, die nur

- mit wissenschaftlicher Unterstützung gemeistert werden können. (C)

Darüber hinaus steht ein Generationswechsel in den Betrieben an, und die Rahmenbedingungen erfordern immer besser ausgebildete Landwirtinnen und Landwirte. Also muss sich auch die Aus- und Weiterbildung an diesen Herausforderungen neu ausrichten. Insbesondere Frauen sollten gezielter für das landwirtschaftliche Studium geworben werden.

Aber statt die Agrarwissenschaften zu stärken, gilt noch immer die Aussage des Wissenschaftsrates von 2006, dass auch in Deutschland eine „Erosion der institutionellen Grundlagen stattfindet und vielerorts diese Entwicklungen als krisenhaft erkannt werden“. Das ist gerade in unserem Land blamabel, denn Deutschland gilt als Wiege der Agrarwissenschaften. Es muss also dringend etwas passieren. Aktuell werden zwei sehr unterschiedliche Konzepte diskutiert, an denen die Entwicklung der Agrarwissenschaften ausgerichtet werden könnte.

Auf der einen Seite steht die Bioökonomiestrategie, die die Bundesregierung jüngst aufgelegt hat. Aus Sicht der Linken ist ihre überdeutliche Orientierung auf rein wirtschaftliche Interessen zu kritisieren. Die Landwirtschaft wird vor allem als Rohstofflieferant definiert. Dieses Denken reiht sich ein in die Strategie der Lebensmittelkonzerne, den gesamten Produktionsprozess beherrschen zu können. Selbst die Trennlinie zu Arzneimitteln wird verwischt. Die personelle Zusammensetzung des Bioökonomierats jedenfalls lässt viel Raum für Zweifel an der Gemeinwohlorientierung. Dennoch gibt es in der Bioökonomiestrategie auch Ansätze, die wissenschaftlich durchaus interessant sind. Aufgabe der Politik wäre es, ihre Nutzung für die gesamte Gesellschaft zu sichern. (D)

Auf der anderen Seite steht der Weltagrarbericht, der als Ergebnis eines umfangreichen Diskussionsprozesses von 400 internationalen Expertinnen und Experten entstand und sehr differenziert Ideen entwickelt aus einer Synthese zwischen modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen und tradiertem Wissen. Er ist auf die Interessen der gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in den Regionen ausgerichtet und sucht nach Konzepten, die regionales Handeln im Interesse einer eigenständigen Versorgung mit gesunden Lebensmitteln ermöglicht und fördert.

Die Linke hat die große Bedeutung des Weltagrarberichts immer betont und die Bundesregierung aufgefordert, ihn zu unterzeichnen und seine Fortschreibung finanziell zu unterstützen. Wir sind davon überzeugt, dass er die Bedeutung des Weltklimaberichts erlangen kann, der unterdessen zum Handlungsrahmen für die internationale Politik geworden ist. Aus den konservativen Reihen wird genau dieses Konzept der Selbstermächtigung bekämpft und denunziert, ja als gefährlich bezeichnet. Sicher, gefährlich ist es, aber nur für ein System, dessen Selbstverständnis es ist, Menschen in Abhängigkeit zu halten.

(A) Es ist ein völlig anderes gesellschaftspolitisches Verständnis, das hinter den beiden Konzepten steht. Für die Linke ist klar, dass eine nachhaltige Landwirtschaft soziale, ökologische und ökonomische Funktionen im Interesse der gesamten Gesellschaft erfüllen muss. Bei diesem Ziel muss die Agrarwissenschaft unterstützend tätig sein. Dazu braucht es eine klare strategische Ausrichtung, koordinierte Strukturen und eine bedarfsgerechte finanzielle und personelle Ausstattung von Lehre und Forschung. Das BMELV könnte dabei beispielgebend vorgehen. Aber das Gegenteil ist der Fall. In der ministeriumseigenen Agrarressortforschung wurden 1996 und 2007 Standortschließungs- und Personalabbaukonzepte im Bundestag mehrheitlich beschlossen. Sie werden schrittweise umgesetzt, ohne eine Analyse der Folgen dieser aus unserer Sicht falschen politischen Entscheidungen vorzulegen.

Diese ist überfällig, und wir fordern sie heute erneut ein. Bis zu einer abschließenden Bewertung müssen weitere Standortschließungen ausgesetzt werden. Es müssen in jedem Einzelfall alle Möglichkeiten geprüft werden, eine Standortschließung zu vermeiden und frei werdende Stellen wieder zu besetzen. Das sind wir den engagiert arbeitenden Beschäftigten in diesem Bereich schuldig.

**Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Noch nie standen die Agrarwissenschaften vor so großen Herausforderungen wie heute. Klimawandel, Raubbau an Wäldern und Ausbeutung der Meere, Rückgang der Artenvielfalt, Bienensterben, Verseuchung von Böden und Wasser durch Pestizide und Bodenerosion gefährden die elementaren Lebensgrundlagen und ihre Nutzung. Weltweit steigt die Zahl der Hungernden, heute bereits auf über eine Milliarde Menschen. Gleichzeitig leiden bei uns immer mehr Menschen, besonders Kinder und Jugendliche, unter Fehlernährung und ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes, Adipositas, Allergien oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Weltgesundheitsorganisation, WHO, spricht in diesem Kontext öffentlich von einer „Epidemie“.

Für diese Herausforderungen muss die Agrarforschung moderne, multisystemare Antworten entwickeln: zum Beispiel innovative Fruchtfolgekonzepte im Rahmen einer Eiweißstrategie oder Erhöhung der Wasserspeicherungs- und -rückhaltekapazität der Böden durch nachhaltigen Humusaufbau und intelligente Beweidungssysteme. Wir brauchen gute Forschung in der Tier- und Pflanzenzucht, um nachhaltige und artgerechte Tierhaltung und Pflanzenbau ohne Unmengen an Dünger und Pestiziden betreiben zu können, Forschung in der Tierseuchenbekämpfung oder umweltgerechten und ökologischen Pflanzenschutz, Nahrungsmittelverarbeitung ohne Zusatzstoffe und Geschmacksverstärker, Verpackungen ohne hormonell wirksame Bestandteile wie Bisphenyl A. Überall mangelt es an Forschung, die den modernen Interessen der Verbraucher, der Umwelt und dem Tierschutz gerecht wird.

Die Bundesregierung setzt dagegen ihre Forschungsschwerpunkte einseitig auf Konzepte des vorigen Jahrhunderts wie Produktionssteigerungen im Fleisch- oder Milchsektor oder den Ausbau der Agro-Gentechnik. Für die nationale Bioökonomiestrategie sind 2,4 Milliarden

(C) Euro vorgesehen, der Großteil für die Gentechnikforschung – eine völlig einseitige Ausrichtung an den Interessen einiger Konzerne. Diese unverantwortliche und überhaupt nicht „wissenschaftsbasierte“ Schwerpunktsetzung blendet die Frage von Nutzen und Risiken der Gentechnikforschung völlig aus. Im letzten Sommer verließen die Umweltverbände unter Protest den „Runden Tisch Pflanzengenetik“, weil das BMBF ihre konkreten Anforderungen an eine wissenschaftlich seriöse Risikoforschung, zum Beispiel zur Verbreitung von Transgenen über Bestäuberinsekten oder zu Test- und Bewertungsmethoden für die Beurteilung der Sicherheit von Genpflanzen, mit unwissenschaftlichen Behauptungen beiseiteschob.

Nicht akzeptabel ist die Einflussnahme des Bioökonomierates auf die politischen Entscheidungen. Dieses mit 2 Millionen Euro aus Steuermitteln finanzierte Gremium ist de facto eine staatlich bezahlte Lobbyplattform für Agro-Gentechnikproduzenten wie BASF oder KWS. Bereits 2008 haben wir mit einer Studie auf die höchst bedenkliche Verflechtung zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Gentechnikindustrie aufmerksam gemacht. In einem aktuellen Dokumentarfilm – „Verkaufte Wahrheit“ – werden die Abhängigkeit der Forschung und die Diskriminierung unabhängiger Forschung weiter belegt.

(D) Trotz Milliardeninvestitionen in Exzellenzinitiativen geht der Personalabbau in der Ressortagrarforschung weiter. Seit 1996 wurde die Zahl der Stellen in der Ressortforschung des BMELV fast halbiert: von 3 600 auf unter 2 000. Dabei wäre ein Ausbau dieser Agrarforschung gerade jetzt von entscheidender Bedeutung.

Statt dass weiter Milliarden in der riskanten und nutzlosen Agro-Gentechnikforschung verpulvert werden, fordern wir den Stopp der Entwicklungsforschung für die Agro-Gentechnik. Die dadurch eingesparten Mittel müssen für die Unterstützung der Agrarressortforschung in den Zukunftsbereichen Ökolandbau, Ernährungs- und Verbraucherschutz und für den Ausbau der unterfinanzierten Bereiche wie zum Beispiel der Gartenbau- und Forstwirtschaft eingesetzt werden.

Eine moderne Agrarforschung muss in nationalen und internationalen Netzwerken arbeiten. Deshalb begrüßen wir die Gründung der Deutschen Agrarforschungsallianz, DAFA, und fordern die Bundesregierung auf, diese neue Initiative beim Aufbau von Netzwerken weiter zu fördern. Das von den Linken vorgeschlagene Forschungsnetzwerk ist ein zu bürokratischer Ansatz, um diesem Anliegen gerecht zu werden.

## Anlage 5

### Zu Protokoll gegebene Reden

#### zur Beratung des Antrags: Schwule, lesbische und transsexuelle Jugendliche stärken (Tagesordnungspunkt 15)

**Dr. Peter Tauber (CDU/CSU):** Chancengleichheit ist aus Sicht der CDU für alle Menschen in unserem Land, gleich welchen Alters oder welcher sexueller